

NACHRICHTEN

Brüderle will Kartellamt stärken

Bonn. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) drängt auf eine stärkere Rolle des Bundeskartellamts. „Wir brauchen mehr Wettbewerb“, sagte Brüderle gestern in Bonn bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten des Bundeskartellamts, Andreas Mundt (49). Brüderle bekräftigte seinen Plan, dem Kartellamt künftig die Möglichkeit zu geben, Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung nötigenfalls auch zu zerschlagen, um den Wettbewerb zu beleben. *dpa*

Eon legt Streit mit EU-Kommission bei

Brüssel. Der Kartellstreit zwischen dem Stromkonzern Eon und der EU-Kommission ist beendet: Die Brüsseler Behörde gab dem Unternehmen gestern grünes Licht für den Verkauf seines 10 000 Kilometer langen deutschen Höchstspannungsnetzes an die staatliche niederländische Netzgesellschaft Tennet. Eon nimmt durch den Verkauf früheren Angaben zufolge 1,1 Milliarden Euro ein. *dpa*

Homburger Firma gewinnt Preis

Homburg. Der Homburger Mittelständler RRC Power Solutions, Spezialist für Batterietechnologie und Stromversorgungen, ist in dem bundesweiten „Top-Job“-Wettbewerb zu einem der besten Arbeitgeber Deutschlands gekürt worden. Die Kriterien Weiterbildung, offene Kommunikation und Familienfreundlichkeit seien bestens erfüllt worden. Bereits 2009 wurde RRC unter die 100 innovativsten Unternehmen Deutschlands gewählt. *red*

VR Bank Saarpfalz steigert Bilanzsumme

Homburg. Die VR Bank Saarpfalz hat im vergangenen Jahr ihre Bilanzsumme um 6,4 Prozent auf 253,5 Millionen steigern können. Das gab das Homburger Kreditinstitut auf ihrer Bilanzpressekonferenz bekannt. Das Jahr 2009 war den Vorstände Axel Glöckner und Christoph Palm zufolge hauptsächlich von Sicherheitsdenken geprägt. Deshalb gebe es bei den Kundenkrediten einen Rückgang von 1,7 Prozent. Die Kundeneinlagen stiegen um 14 Millionen auf 214,6 Millionen Euro. *red*

Vortrag zum Thema Rendite und Gewissen

Saarbrücken. Die Saarbrücker katholische Kirchengemeinde St. Johann lädt in ihrer Reihe „Das Gewissen – ein Kompass“ zu einem Vortrag zum Thema „Rendite mit gutem Gewissen“ ein. Referent ist Helge Wulsdorf von der Paderborner Bank für Kirche und Caritas. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 10. Februar, um 19 Uhr im Forum der Saarbrücker Zeitung, Eisenbahnstraße 31, statt. *spr*

Produktion dieser Seite:

Volker Meyer zu Tittingdorf
Sascha Sprenger

Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34
Fax: (06 81) 5 02 22 39
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

Team Wirtschaft:

Monika Kühborth (ika, Leiterin),
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),
Thomas Sponticcia (ts),
Lothar Warscheid (low),
Joachim Wollschläger (jwo)

Toyota in der Vertrauenskrise

Konzern-Chef entschuldigt sich – Probleme mit Bremsen offenbar seit Herbst bekannt

Toyota-Chef Akio Toyoda ist gestern angesichts der Pannenserie in die Offensive gegangen: Er entschuldigte sich und beteuerte, dass die Sicherheit der Autofahrer für seinen Konzern an erster Stelle stehe.

Von Daniel Schnettler und Lars Nicolaysen (dpa)

Tokio. Das Misstrauen gegenüber Toyota sitzt tief: Klemmende Gaspedale, gefährlich rutschende Fußmatten, aussetzende Bremsen. Nach und nach sind in den vergangenen Wochen immer neue Mängel ans Licht gekommen. Mindestens acht Millionen Autos weltweit sind betroffen und es werden jeden Tag mehr.

„Prius-Bremsen: Sie wussten es und haben es Dir nicht gesagt.“ Die Schlagzeile eines Online-Portals steht stellvertretend für das Misstrauen, das Toyota mittlerweile auf dem wichtigen US-Markt entgegenschlägt.

„Glauben Sie mir! Die Autos von Toyota sind sicher“, beteuerte Konzernchef Akio Toyoda gestern auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz. Und entschuldigte sich nach Landessitte mit tiefer Verbeugung.

Doch das dürfte kaum reichen, das Vertrauen wieder herzustellen. Ob Bremsen oder Gaspedale: Wieder einmal war es nicht das Unternehmen, das die Probleme aufdeckte, sondern die Behörden. Dabei war Toyota bestens im Bilde: Bereits seit Herbst vergangenen Jahres lagen Beschwerden wegen defekter Bremsen vor. Was mit den bereits verkauften Modellen passiert, ließ Konzernchef Toyoda offen. Sollte es zum Rückruf kommen, könne sich dieser global ausdehnen,

da Toyota zum Ende vergangenen Jahres rund 310 000 Autos des neuen Prius-Modells in rund 60 Ländern verkauft habe. Die US-Verkehrssicherheitsbehörde nahm eine Untersuchung des Falles auf, nachdem 124 Beschwerden von Kunden eingegangen waren.

Toyota wies gestern auch Vorwürfe zurück, schon 2007 von den Problemen mit klemmenden Gaspedalen gewusst und nichts unternommen zu haben. Zwar habe ein Testfahrer im August 2007 vom Gefühl eines klemmenden Gaspedals berichtet. Umfangreiche Tests hätten dies aber nicht bestätigt.

Inzwischen hat der Konzern in den USA mit den Reparaturen der mangelhaften Gaspedale begonnen, in Deutschland soll es in der kommenden Woche so weit sein. Die Halter werden nach und nach vom Kraftfahrerbundesamt und von den Händlern informiert. Betroffen sind hierzulande knapp 216 000 Autos.

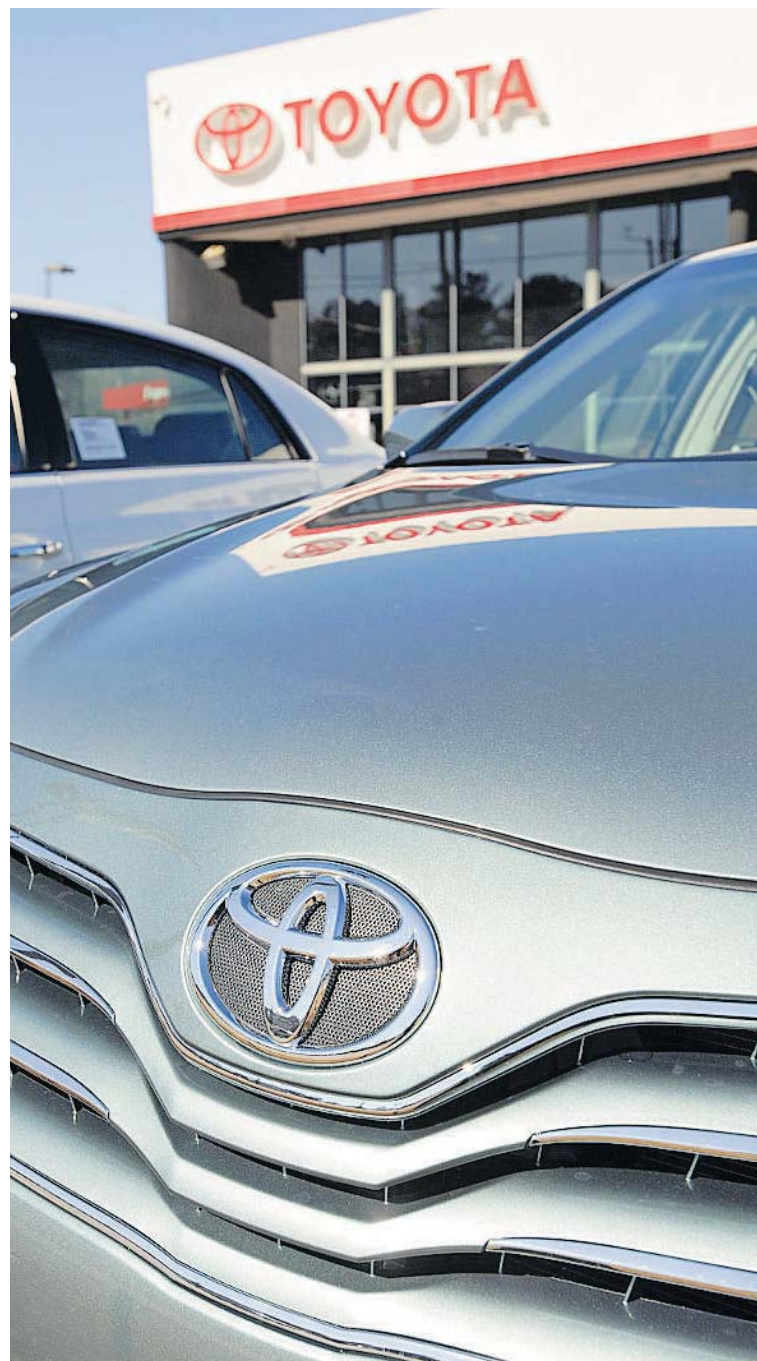
In der amerikanischen Öffentlichkeit verfestigt sich die Meinung, dass die Konzernführung die Probleme lieber aussit-

zen will als die Karten auf den Tisch zu legen. Der Rat des US-Verkehrsministers Ray LaHood, auch wenn er ihn später wieder zurücknahm, drückt die Stimmung im Lande aus: „Wenn irgendjemand solch ein Auto besitzt: Nicht mehr fahren und zu einem Toyota-Händler bringen.“ 19 Tote bringt die US-Behörde für Verkehrssicherheit mit dem unge wollten Beschleunigen von Toyota-Autos in Verbindung. Am 25. Februar muss sich der Konzern vor einem Ausschuss



„Ich entschuldige mich aufrichtig dafür, bei vielen unserer Kunden Besorgnis verursacht zu haben.“

Akio Toyoda,
Toyota-Chef



Den Toyota-Händlern in den USA schlägt ein großes Misstrauen der Kunden entgegen. Foto: dpa

des Kongresses verantworten. Auch in Japan wächst der Druck auf das Unternehmen. Längst hat sich der Fall Toyota zu einer nationalen Angelegenheit entwickelt. In einer für japanische Verhältnisse ungewöhnlich offenen Kritik warf Transportminister Seiji Maehara dem Konzern wegen der Pri-

us-Probleme einen Mangel an Kundenorientierung vor. Und Außenminister Katsuya Okada sagte: „Natürlich, diplomatisch, ist das keine Angelegenheit eines einzelnen Unternehmens. Das ist ein Problem für die gesamte japanische Autoindustrie sowie für das Vertrauen in japanische Produkte.“

Studie: Schlechter Service in deutschen Baumärkten

Berlin. Der Service in Deutschlands Baumärkten lässt nach einer Studie zu wünschen übrig. „Die Qualität ist lediglich befriedigend“, sagte die Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Service-Qualität, Bianca Möller. „Fast jede zweite Beratung war unvollständig oder falsch“, sagte Möller. In mehr als einem Viertel

der Fälle seien Kunden nicht einmal auf Gefahren bei der Selbstmontage einer Starkstromleitung hingewiesen worden. Kritisiert werde zudem die Verfügbarkeit von Mitarbeitern. In etlichen Fällen hätten die Prüfer am Beratungsstand länger als fünf Minuten auf einen Ansprechpartner warten müssen. *ddp*

Streit um Nein zu Industrieprojekten im Saarland

Saarbrücken. Roland Theis, Generalsekretär der CDU Saar, prangert die Ablehnung von Industrieprojekten an: „Wir laufen Gefahr, unseren guten Ruf als industriefreundliches Land aufs Spiel zu setzen.“ Anlass ist der Widerstand des Saarlouiser Oberbürgermeisters Roland Henz gegen den Bau eines Tanklagers durch den Mine-

ralölhersteller Méguin. Theis verweist auch auf das Nein zum Kohlekraftwerk ins Emsdorf und zum Solarkraftwerk in Kleinblittersdorf. SPD-Generalsekretär Reinhold Jost kontiert, dass „im Club der Verhinderer die CDU den Vorsitz führt“. In den genannten Fällen sei die CDU mit an der Spitze des Widerstands marschiert. *red*

Angst vor einer Pleite Portugals wächst

Börsen sacken weiter ab – Euro unter Druck – Regierung kündigt Sparkurs an

Neben Griechenland und Spanien macht nun auch Portugal Investoren und Politiker Sorgen. Aus Furcht vor einer Staatspleite ziehen Aktionäre ihr Geld ab.

Lissabon. Die „griechische Krankheit“ hat jetzt Portugal erwischt. Das ärmste Land Westeuropas hält aufgrund zunehmender Verschuldung Investoren und Politiker auch im Ausland in Atem. Schon in den ersten Stunden des Freitagshandels verlor der Börsenindex PSI-20 um die drei Prozent, nachdem er bereits am Vortag um 4,98 Prozent abgesackt war. Händler sprachen von Panik. Pro Minute würden der Börse drei Millionen Euro entzogen. Aus Angst vor einer Staatspleite schoss der Risikoauflschlag von Kreditderivaten in bisher unbekannter Höhe. „Wir sind die neue Jagdbeute der Märkte“, sagt Finanzminister Fernando Teixeira Dos Santos. Die Reaktion der



Die europäischen Börsen gaben gestern deutlich nach. Unser Bild zeigt die Börse in Madrid. Der spanische Index Ibx fiel zum Handelsstart um 2,5 Prozent. Foto: dpa

Märkte sei „irrational“. Ähnlich sieht das der griechische Regierungschef Giorgos Papandreou. „Ich fühle mich bestätigt. Griechenland ist nicht ein Einzelfall. Spekulanten suchen nach unserem Land andere Schwachstellen, um dem Euro zu schaden. Es ist ein europäisches Problem, und

wir müssen koordiniert und mit Solidarität dagegen vorgehen.“ Neben Griechenland und Portugal treibt vor allem Spanien Sorgenfalten auf die Stirn der Analysten. Aber auch Irland und Italien kommen immer mehr „ins Gespräch“. An den Börsen fiel der Euro-Kurs gestern unter den

Wert von 1,37 US-Dollar. Der deutsche Aktienindex Dax gab wie auch der amerikanische Dow Jones weiter nach.

Die sozialistische Minderheitsregierung von Portugals Ministerpräsident José Sócrates hatte dieser Tage einräumen müssen, dass das Haushaltsdefizit 2009 mit 9,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die schlimmsten Erwartungen um einen Punkt übertroffen habe. Die Staatsverschuldung soll 2010 nach Schätzungen von 76,6 auf über 85 Prozent der Wirtschaftsleistung klettern. Sócrates will in Kürze drastische Sparmaßnahmen bekanntgeben, mit denen das Defizit bis 2013 unter die zugelassenen drei Prozent gedrückt werden soll. Der frühere Wirtschaftsminister Daniel Bessa hat dagegen ein radikales Rezept: „Wir müssen die Eurozone verlassen. Wir gehören da aufgrund der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit nicht hin.“ *dpa*

Keine schnelle Einigung in der Frage der Jobcenter in Sicht

An diesem Sonntag treffen sich führende Unions-Politiker, um über die Jobcenter zu beraten. Diakonie und Sozialgerichtstag warnen vor der Auflösung.

Berlin. Im Unionsstreit über die Zukunft der Jobcenter ist im Vorfeld eines Spitzentreffens keine Einigung in Sicht. Es werde bei der Zusammenkunft am Sonntagabend noch keine Lösung geben, sagte Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU). An dem Treffen werden neben Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen auch die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Bundesländer teilnehmen. Die Jobcenter, in denen Langzeitarbeitslose betreut werden, müssen wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts neu organisiert werden. Die Kommunen dürfen ab 2011 nicht mehr so eng mit den Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, weil es sich dabei um eine unzulässige Mischverwaltung handele. Von der Leyen hatte einen Gesetzentwurf vorgestellt, wonach Arbeitsagenturen und Kommunen ihre Leistungen weiterhin unter einem Dach erbringen sollen, jedoch erkennbar für getrennte Bereiche zuständig sein müssen. Dagegen plädieren Koch, andere Unions-Ministerpräsidenten und die SPD für eine Grundgesetzänderung, um die Jobcenter wie bisher weiterführen zu können.

Unterdessen hat das Diakonische Werk an der Saar an die Landesregierung appelliert, die enge Zusammenarbeit zwischen Agenturen und Kommunen zu erhalten. Der von der Bundesregierung geplante Umbau verschlechtere die Situation der Arbeitslosen. Auch der Deutsche Sozialgerichtstag warnt vor der Auflösung: „Nur so können die zwischenzeitlich gut eingespielten Verwaltungsabläufe bei der Entscheidung über Hartz-IV-Leistungen erhalten bleiben“, sagte die Präsidentin Monika Paulat. *ajp/epd*

Gerhardt ruft zu mehr Eigenverantwortung und Engagement auf

Saarbrücken. Deutschland brauche wieder Biss durch mehr mutige Menschen, die sich mit Ideen und mehr Selbstverantwortung in der Berufswelt durchboxen statt auf eine Hartz-IV-Mentalität zu setzen. Solch engagierten Menschen helfe die Marktwirtschaft, betonte der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Wolfgang Gerhardt (FDP, Foto: dpa) auf einer Veranstaltung in der Villa Lesing – Liberale Stiftung Saar zum Thema „Marktwirtschaft und Gerechtigkeit“.

Es sei an der Zeit, generell mehr Eigenverantwortung zu übernehmen statt die Schuld für alles mögliche auf den Staat zu schieben. Man dürfe sich auch nicht daran gewöhnen, Empfänger von Transferleistungen wie Hartz IV zu sein. Die Werte der Marktwirtschaft müssten gerade in der heutigen Zeit verteidigt werden, betonte der 66-Jährige in der von SZ-Chefredakteur Peter Stefan Herbst moderierten Diskussionsrunde. Marktwirtschaft bedeute eine soziale Mindestsicherung für Bedürftige, aber eben auch die konsequente Unterstützung des Leistungsgedankens. Während man diesen in Amerika besonders pflege und Leistungsträger anerkenne, seien deren Beiträge in Deutschland begleitet von Neid und Missgunst.

„Markt und Moral sind keine Gegensätze“, gab sich Gerhardt überzeugt. Voraussetzung seien faire Regeln. Wolle man Eigenverantwortung wieder zu einer Tugend machen, müsse ihre Pflege schon im Elternhaus mit der Kindererziehung beginnen. *ts*



Wolfgang Gerhardt